

Arbeitslose! Genossen und Genossinnen! -
sozialdemokratische Kritik an „Mahnruf“ und KPÖ - Graz, ca. Oktober 1927

4 Seiten, Faksimile

Arbeitslose!

Genossen und Genossinnen!

Schon seit längerer Zeit ringen die zwei kommunistischen Grüppchen in Graz um den größeren Einfluß bei den Arbeitslosen. Man kann das eigentlich nicht „ringen“ nennen, weil der Großteil der zivilisierten Menschen darunter einen geistigen Kampf versteht. Ringen heißt nach den kommunistischen Begriffen raufen, buchstäblich raufen, wie dies wiederholt in Versammlungen, auf der Straße und in Parkanlagen geschehen ist. Daß dieses Raufen jeweils von einem Wutgeheul eingeleitet, fortgesetzt und beendet wird, ermöglicht dem aufmerksamen Beobachter, die kulturelle Tiefe der Beteiligten aus diesen Naturlauten zu erkennen. Sagen wir es deutlicher: Alle diese Leute, die sich mißbräuchlich Kommunisten nennen, sind geistig derart minderwertig, daß sie diesen Mangel nach der Art unreifer Jungens durch Brutalitäten auszuheben versuchen.

Es ist keinem denkenden Arbeiter mehr unbekannt, daß alle diese Leute von der Führung des modernen Klassenkampfes auch nicht die geringste Ahnung haben. Wüßten die Kommunisten in Moskau, daß sich hier Leute wie Stromer, Raßl und Chagram „Moskauer“ nennen und unter der Marke „Kommunistische Arbeitslosenfraktion“ in unlauteren Wettbewerben zur Oppositionsgruppe der kommunistischen Partei getreten sind, so würden sie gegen die Verunglimpfung der Bezeichnung „Moskauer“ mit dem Ausschluß aus der Partei antworten. Man verdächtige uns aber dabei nur ja nicht damit, daß wir etwa die Oppositionsgruppe gegen die „Moskauer“ in Schutz nehmen wollten. Auch sie kann wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Stümperei den Arbeitslosen auch nicht den geringsten Erfolg bringen.

Wenn auch nach den Wahlen am 24. April dieses Jahres,

bei denen die Sozialdemokraten rund 1.500.000 Stimmen, die Kommunisten aber nur rund 15.000, demnach nur ein Hundertstel der sozialdemo. Stimmen

erhielten, wenn also heute jedermann in Österreich weiß, daß allen diesen Kommunisten

keinerlei politische Bedeutung zukommt, so kann doch ihre Tätigkeit der Arbeiterschaft als Beispiel dafür dienen,

wie man die Arbeiter nicht führen darf!

Daraus können die Kommunisten, wenn sie einmal darum gefragt werden, ihre einzige Daseinsberechtigung ableiten. Aber wir wollen nicht nur Behauptungen aufstellen oder durch Beispiele aus der Vergangenheit beweisen, daß die Methode dieser Leute nur der Reaktion den Weg bereitet, sondern wir wollen berichten, wie jetzt wieder durch Lügen und Verbrehungen die Arbeitslosen in Abenteuer gekehrt werden sollen.

Wegen der Einstellung der Gebäudesteuernrückervergütung für einen Teil der Arbeitslosen — was sicherlich eine diese Arbeitslosen hart treffende Maßnahme ist und welche auch von uns noch immer mit Teilerfolgen bekämpft wird — hat die „Moskauer“-Gruppe zwei Versammlungen einberufen und eine Deputation zum Bürgermeister entsendet. Laßt euch nun von uns berichten, weshalb die Rückervergütungen zum Teile eingestellt wurden.

Im Jahre 1924 wurde vom Landtag eine Gebäudesteuer beschlossen, deren Ertrag dem Land und der Gemeinde Graz zuham. Nach der Beschlußfassung dieser Steuer hat die Landesgewerkschaftskommission sofort bei der Landesregierung und der Stadtgemeinde um Nachlaß dieser Steuern für die Arbeitslosen angesucht. Das Land hat damals diese für die Arbeitslosen aufgestellte Forderung abgelehnt. Die Gemeinde erklärte sich jedoch bereit, ihren Anteil an der Landesgebäudesteuer den Arbeitslosen zurückzuzahlen. Selbstverständlich kann der Betrag nur an jene rückgezahlt werden, die ihn als Landesgebäudesteuer auch eingezahlt haben, und dies waren ausschließlich die Hauptmieter. Irrtümlich ist aber diese Rückzahlung die ganze Zeit bisher nicht nur den Hauptmietern zugekommen, sondern auch den Untermietern, die niemals eine Landesgebäudesteuer zu zahlen hatten. Es ist deshalb trotz der darin gelegenen Härte begreiflich, daß die Gemeinde bei Aufklärung des Irrtums die Zahlung an die Nichtberechtigten einstellte. Trotzdem hat der Stadtrat beschlossen, daß

die Zuschüsse in besonders bedürftigen Fällen bewilligt werden können. Es sind Formulare gedruckt worden, welche die Ersuchen erleichtern. Eine Untermietabgabe wird durch die Gemeinde nur von den Vermietern eingehoben, nicht von den Untermietern, deshalb kann diesen keine Rückzahlung zukommen.

Ihr seht also den Unterschied zwischen zwei Verwaltungen mit verschieden großem sozialdemokratischen Einfluß:

In der Gemeinde Graz ist der Einfluß der Sozialdemokraten größer als im Lande, deshalb hat auch die Stadtgemeinde die Rückvergütung bewilligt, die Landesregierung aber nicht!

Und jetzt wollen wir euch beweisen, wie in der von der „Moskauer“ Gruppe am 12. Oktober dieses Jahres einberufenen Versammlung mit den unglaublichsten Verdrehungen und größten Lügen über die Aussprache mit dem Bürgermeister und über die Sozialdemokraten überhaupt berichtet wurde. Wir haben nach Erhalt des Versammlungsberichtes uns beim Bürgermeister über den wahren Sachverhalt erkundigt und bringen euch diesen hienit zur Kenntnis.

Rastl erklärte in der Versammlung, daß der Bürgermeister bei der Vorsprache der kommunistischen Deputation wegen der Gebäudesteuer-Rückvergütung die infame Ausrede gebrauchte, er habe das Aktenmaterial nicht zur Hand und könne deshalb keine erschöpfende Auskunft geben; tatsächlich hat aber der Bürgermeister schon gewußt, daß die Deputation kommt, weil ja schon im Vorzimmer Polizei anwesend war. Damit wollte Rastl glaubhaft machen, daß der Bürgermeister gegen die Deputation Polizei angefordert habe. Richtig ist aber, daß sich die Deputation, wie die meisten Gesuchsteller, erst nach ihrem Erscheinen im Rathause beim Bürgermeister anmelden ließ und die bezüglichen Akten im Amtshause in der Schmiedgasse liegen. Den zufälligen Umstand, daß den Bürgermeister auch ein Polizeibeamter sprechen wollte, benützte dieser Schwindler dazu, sich und die anderen Teilnehmer an der Deputation als gefürchtete Menschen hinzustellen, um so im Ansehen einiger Kaufbolde zu steigen. Oder entspricht diese Darstellung seiner Furcht vor der Polizei?

Hat diese kommunistische Deputation überhaupt einen Sinn gehabt? Vierzehn Tage vor ihrem Erscheinen hat die Landesgewerkschaftskommission an die Stadtgemeinde schon eine bezügliche Eingabe gemacht. Der teilweise Erfolg dieser Eingabe war der Beschluß des Stadtrates, in bedürftigen Fällen die Weiterzahlung zu bewilligen.

Daß Rastl von Chagram bei Verbreitung solcher Lügen unterstützt wird, kennzeichnet Chagram. In der gleichen Versammlung jammerte er nach dem üblichen Geschimpfe über die Sozialdemokraten wegen der Zersplitterung der Arbeitslosenbewegung durch den Verräter Pfneisl, welcher nicht mehr das Recht hat, sich als Vertreter des Zentralarbeitslosenkomitees auszugeben. Chagram erzählte den Versammelten davon, daß die Sozialdemokraten vor der Wahl den Kommunisten Pfneisl, Koch und Wagner alle möglichen Versprechungen gemacht haben, damit sie für die Sozialdemokraten Stimmung machen. Selbstverständlich ist das eine recht dumme Erfindung. Die Sozialdemokraten lehrten damals wie auch jetzt und in Zukunft jede Gemeinschaft mit den Kommunisten überhaupt ab, weil eine solche Verbindung einer großen, starken proletarischen Partei unwürdig ist.

Kernmaier befolgte in dieser Versammlung das kommunistische Prinzip, wonach ein Redner den anderen durch noch größere Dummheiten und Frechheiten zu überbieten versucht. Er erklärte deshalb in der Versammlung, daß der Verräter Pfneisl nicht mehr wert sei, daß ihn ein Arbeitsloser noch anspreche, denn Pfneisl bezeichnete in seinem „Mahnruf“ Kernmaier und Chagram als Führer von Blattenbrüdern.

Als Stromer dann zum Worte kam, mußte er gemäß dem vorstehenden kommunistischen Prinzip in einer noch widerlicheren Art reden. Was bisher nicht einmal der gehässigste Reaktionsär zu behaupten wagte: Der Bürgermeister habe 48 Millionen und Bürgermeister Seiß habe 120 Millionen monatliches Einkommen, diese gemeine und niederträchtige Lüge auszusprechen gegen Vertrauensmänner von Hunderttausenden Proletariern, blieb einem solchen Blutrevolutionsär vorbehalten. Er erklärte auch, daß die Gemeinde die Parkanlagen nur für Suren geschaffen hat, und forderte zuletzt die Anwesenden auf, den Kolporteurs des „Mahnrufes“ sowie dem Pfneisl ein paar Watschen herunter zu hauen.

**Diese Leute,
Genossen und Genossinnen,
wollen eure Führer sein!**

Nicht dieser gehässigen Menschen wegen, sondern euch wollen wir mitteilen, wie niederträchtig vor allem die Hege gegen die Sozialdemokraten ist.

Dumm und frech, wie diese Kommunisten sind, behaupteten sie auch in der Versammlung, die sozialdemokratische Gemeinde habe wohl Geld für die Straßenherichtung und Parkanlagen, jedoch für die Arbeitslosen habe sie keines.

Diese Dummköpfe belassen ihr Gehirn natürlich nicht mit der Kenntnis der politischen Machtverhältnisse und der wirtschaftlichen Lage der Stadtgemeinde Graz. Sie wissen deshalb auch nicht, daß im Grazer Gemeinderate

26 Bürgerliche und nur 22 Sozialdemokraten

sitzen. Sie leugnen auch die von den Sozialdemokraten in der Gemeinde trotz dieser ungünstigen Machtverhältnisse durchgesetzten Maßnahmen für die Arbeitslosen.

Für sie ist die

Straßenberrichtung

ein Luxus, sie denken nicht daran, daß hunderte Arbeiter damit Beschäftigung gefunden haben. Sie brauchen auch nicht zu wissen, daß die Gemeinde Graz hierfür rund 5 Millionen Schilling ausgegeben hat und die Hälfte hiervon Arbeitslohn ist.

Blind für das wirkliche Leben, haben sie auch nichts von einer

Schwemmanalisation

gesehen, die mit einem Kostenaufwande von 20 $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling durchgeführt wurde. — —

Sie sehen auch nicht die

Brückenbauten,

die 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Schilling gekostet haben, nicht die

Wohnhausbauten,

die 4 Millionen Schilling kosteten. Daß sie etwas von einer

Ausgestaltung der städtischen Betriebe

wissen, ist bei vorerwähnter Unkenntnis nicht zu verlangen, aber auch diese haben rund 10 Millionen Schilling beansprucht. Das sind alles Arbeiten, welche die Gemeinde hauptsächlich aus Mitteln der Anleihe, der Produktiven Arbeitslosenfürsorge und aus eigenen Mitteln durchgeführt hat.

Daß dadurch durchschnittlich 1500 Arbeiter beschäftigt wurden, davon wissen sie ebenfalls nichts. Durch die Erzeugung des Materials (denkt nur an die Pflastersteine, deren Preis fast aus lauter Arbeitslohn besteht, denn das Material für sie muß von Arbeitern aus dem Steinbruche gesprengt, gehauen, transportiert werden, also ihr Preis zum allergrößten Teile dem verausgabten Arbeitslohn entspricht), durch die Erzeugung des Materials, welches zu obigen Gemeindearbeiten verwendet wurde, hatten insgesamt ungefähr 4000 Arbeiter Beschäftigung gefunden! Rechnet man dazu die 1800 ständig bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter, so kann mit Recht behauptet werden, daß die Stadtgemeinde Graz mit diesen 5800 Arbeitern so viel Menschen beschäftigt, wie dies nur ganz wenige der allergrößten Betriebe Österreichs können. Das sind zirka achtmal soviel Arbeiter, als derzeit in der Waggonfabrik beschäftigt sind!

Wer leugnet noch, daß die Stadtgemeinde Graz wirklich eine kolossale Arbeitslosenfürsorge betreibt?

Diese Aufbauarbeit in den von Sozialdemokraten mitverwalteten Gemeinden ist selbstverständlich den Bürgerlichen nie recht gewesen. Fürchten sie doch — und das mit Recht — daß dadurch der Beweis erbracht wird, daß die Arbeiterklasse durch ihre Vertrauensmänner besser verwalten kann, als dies die Bürgerlichen bisher getan haben. Sie schimpfen deshalb über die hohen Steuern, leugnen die kolossalen Leistungen.

Dieselbe Methode haben sich diese Schein- kommunisten zugelegt!

Es ist also wahr, was wir eingangs sagten: Die Tätigkeit dieser Kommunisten kann der Arbeiterschaft als Beispiel dafür dienen, wie man die Arbeiter nicht führen darf! Ihre Hauptaufgabe sehen sie in der Bekämpfung der Sozialdemokraten, welche erfolgreich die Arbeitslosigkeit bekämpfen, wie wir dies oben gezeigt haben.

Well sie aber jene bekämpfen, welche für die Arbeitslosen wirken, deshalb sind sie die Zuträger des reaktionären Bürgertums, welches gleich den Kommunisten die Aufbauarbeit der Sozialdemokraten in den Gemeinden verunglimpft. Aber diese Kommunisten sind noch schlechter als das Bürgertum, das offen eine feindselige Politik

gegen die Arbeiter führt. Diese Kommunisten betreiben ihre reaktionären Bestrebungen unter der Maske des Radikalismus; das ist die verächtlichste Art des politischen Kampfes.

Für die österreichische Arbeiterschaft, ob im Betriebe oder arbeitslos, gibt es nur eine Marschrichtung:

Die sozialdemokratische — freigewerkschaftliche!

**Der freigewerkschaftliche
Arbeitslosenaußschuß**

**Die Landesgewerkschafts-
kommission**